



Brüssel, den 19. November 2018
(OR. en)

14224/18

**Interinstitutionelles Dossier:
2018/0332(COD)**

TRANS 534
MI 827
ENER 374
AGRI 548
SAN 388
CODEC 1981

BERICHT

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Nr. Vordok.: ST 13036/18
Nr. Komm.dok.: ST 12118/18 + ADD 1

Betr.: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/84/EG
– Fortschrittsbericht

I. EINLEITUNG

1. Der Vorschlag wurde vom Präsidenten der Europäischen Kommission Juncker am 12. September 2018 anlässlich seiner jährlichen Rede zur Lage der Union vor dem Europäischen Parlament präsentiert.
2. Wichtigste Elemente des Vorschlags:
 - Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung auf harmonisierte Weise in allen Mitgliedstaaten zum 1. April 2019 – nach letztmaliger Umstellung auf Sommerzeit am 31. März 2019;

- Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, am letzten Sonntag im Oktober 2019 ein letztes Mal wieder auf Standardzeit ("Winterzeit") umzustellen;
- unbeschadet des Rechts der Mitgliedstaaten, über ihre Standardzeit zu entscheiden, Einführung eines Mitteilungssystems, nach dem ein Mitgliedstaat, der künftig weitere Änderungen seiner Standardzeit vornehmen will, dies der Kommission mindestens sechs Monate vor dem Wirksamwerden der Änderung mitteilen muss.

II. ARBEITEN IN DEN ANDEREN ORGANEN

3. Beim Europäischen Parlament wurde der Ausschuss für Verkehr und Tourismus als zuständiger Ausschuss für dieses Dossier bestimmt und Frau Marita ULVSKOG (S&D – SE) zur Berichterstatterin ernannt. Der Berichtsentwurf liegt noch nicht vor. Sechs weitere Ausschüsse (ENVI, ITRE, IMCO, AGRI, JURI und PETI) werden eine Stellungnahme zum Vorschlag abgeben.
4. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat auf seiner Plenartagung vom 17. Oktober 2018 eine Stellungnahme verabschiedet.

III. ARBEITEN IN DEN VORBEREITUNGSGREMIEN DES RATES

5. Der Vorschlag wurde der Gruppe "Landverkehr" am 13. September 2018 vorgelegt und auf fünf weiteren Sitzungen im September und Oktober 2018 geprüft. Am 8. November wurde eine informelle Tagung der Verkehrsattachés einberufen, und auf der informellen Tagung der Ministerinnen und Minister für Verkehr und Umwelt vom 29. Oktober 2018 in Graz fand eine ausführliche Aussprache über den Vorschlag statt.
6. In den verschiedenen Beratungsrunden in der Gruppe "Landverkehr" wurden insbesondere folgende Punkte hervorgehoben:

7. Beim Hauptpunkt des Vorschlags, nämlich der Frage, ob die halbjährliche jahreszeitlich bedingte Zeitumstellung in allen EU-Mitgliedstaaten abgeschafft werden sollte, zeigten sich die Delegationen generell gesprächsbereit. Die meisten Delegationen erklärten jedoch, sie hätten die einschlägigen nationalen interministeriellen Konsultationen und Konsultationen der Interessenträger noch nicht abgeschlossen und seien daher noch zu keinem endgültigen Standpunkt gelangt. Mehrere Delegationen unterstützten den Vorschlag, während sich einige andere dafür aussprachen, die jahreszeitlich bedingten Zeitumstellungen in ihrem Hoheitsgebiet beizubehalten, insbesondere da es an schlüssigen Beweisen für die potenziellen Vorteile fehle, die die Abschaffung der Zeitumstellung mit sich bringen könnte. In diesem Zusammenhang ersuchten mehrere Delegationen die Kommission, eine detaillierte Folgenabschätzung vorzunehmen, die den Mitgliedstaaten dabei helfen könnte, eine fundierte und kohärente Entscheidung zu treffen.
8. Als Antwort auf die Frage, welche "Standardzeit" die EU-Mitgliedstaaten nach Abschaffung der halbjährlichen Zeitumstellung übernehmen würden, betonten alle Delegationen die Unverzichtbarkeit eines harmonisierten, gut koordinierten EU-weiten Ansatzes, um eine Fragmentierung, einen "Flickenteppich von Zeitzonen" zu vermeiden und das ordnungsgemäße Funktionieren des EU-Binnenmarkts zu sichern.
9. Damit ausreichend Zeit für die Durchführung und Auswertung aller erforderlichen nationalen Konsultationen bleibt und ein gründlich koordiniertes Vorgehen mit benachbarten Ländern und anderen EU-Mitgliedstaaten möglich ist, forderten die meisten Delegationen, den Zeitrahmen für die Anwendung der Richtlinie zu verlängern, da sie das vorgesehene Datum, den 1. April 2019, als zu ehrgeizig betrachten.
10. Zwei Delegationen, die von mehreren anderen unterstützt wurden, warfen Fragen rechtlicher Art in Bezug auf die Artikel 1 und 2 des Vorschlags und die Wahl des Artikels 114 AEUV als Rechtsgrundlage auf. Diese Fragen sowie einige weitere rechtliche Angelegenheiten wurden vom Juristischen Dienst des Rates in der Sitzung der Gruppe vom 25. Oktober 2018 geklärt.

11. Um den Bedenken der Mitgliedstaaten in Bezug auf den Zeitrahmen für die Anwendung der Richtlinie Rechnung zu tragen, hat der Vorsitz der Gruppe am 22. Oktober 2018 einen Kompromissvorschlag¹ unterbreitet, nach dem die Anwendung der Richtlinie auf den 1. April 2021 verschoben wird. Dieser Ansatz wurde von den Delegationen allgemein unterstützt.
12. Auf der informellen Tagung der Verkehrsministerinnen und -minister vom 29. Oktober 2018 in Graz befürworteten die Ministerinnen und Minister mehrheitlich die Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung im Allgemeinen, während einige Mitgliedstaaten erklärten, sie würden den Status quo vorziehen. Nahezu alle Mitgliedstaaten betonten die Notwendigkeit weiterer Konsultationen – intern sowie zwischen benachbarten Mitgliedstaaten –, bevor eine endgültige Entscheidung über die Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung getroffen werden kann.
13. Als Folgemaßnahme zur informellen Tagung der Verkehrsministerinnen und -minister und um einen koordinierten EU-weiten Ansatz für die Festlegung neuer Zeitzonen in Europa nach der möglichen Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung zu gewährleisten, hat der Vorsitz auf der informellen Tagung der für Landverkehr zuständigen Attachés am 8. November 2018 einen überarbeiteten Kompromiss² vorgelegt. In diesem Kompromisstext werden ein Koordinierungsprozess sowie die einstimmige Genehmigung von dessen Ergebnis als Vorbedingung für die Anwendung der Richtlinie eingeführt. Dieser Vorschlag des Vorsitzes warf rechtliche Fragen auf und konnte die von den Mitgliedstaaten geäußerten Bedenken nicht ausräumen, obwohl alle Delegationen die Notwendigkeit eines harmonisierten EU-weiten Ansatzes betonten und sich mehrheitlich dafür aussprachen, zunächst eine Koordinierung vorzunehmen, bevor die Überarbeitung der Richtlinie 2000/84/EG fortgesetzt wird.
14. Auf dieser Tagung wurde daher der Schluss gezogen, dass
 - der Vorsitz seinen vorherigen, in der Anlage wiedergegebenen Kompromisstext wieder aufgreift, um einen Fortschrittsbericht vorzulegen;

¹ Dok. 13036/18.

² Dok. 13036/1/18 REV 1.

- eine Erklärung der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Billigung vorgelegt wird, in der die feste Entschlossenheit der Mitgliedstaaten zum Ausdruck kommt, zunächst einen EU-weiten Koordinierungsprozess abzuschließen, der schon begonnen hat, aber noch fortgesetzt werden muss.

IV. SCHLUSSFOLGERUNG

15. In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen kann der Schluss gezogen werden, dass die Mitgliedstaaten mehr Zeit benötigen, um einen endgültigen Standpunkt zu den wichtigsten Elementen des Vorschlags festzulegen. In der Zwischenzeit sollte ein EU-weiter Koordinierungsprozess eingeleitet werden, um die Entscheidungsfindung zu erleichtern.
16. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter und der Rat werden ersucht, die bei der Prüfung der vorgeschlagenen Richtlinie erzielten Fortschritte zur Kenntnis zu nehmen, und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten werden ersucht, die in Addendum 1 zu diesem Bericht enthaltene Erklärung zu billigen.

Proposal for a
DIRECTIVE OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL
discontinuing seasonal changes of time and repealing Directive 2000/84/EC
(Text with EEA relevance)

THE EUROPEAN PARLIAMENT AND THE COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION,

Having regard to the Treaty on the Functioning of the European Union, and in particular Article 114 thereof,

Having regard to the proposal from the European Commission,

After transmission of the draft legislative act to the national parliaments,

Having regard to the opinion of the European Economic and Social Committee³,

Acting in accordance with the ordinary legislative procedure,

Whereas:

- (1) Member States chose in the past to introduce summer-time arrangements at national level. It was, therefore, important for the functioning of the internal market that a common date and time for the beginning and end of the summer-time period be fixed throughout the Union. In accordance with Directive 2000/84/EC of the European Parliament and of the Council⁴, all Member States currently apply summer-time arrangements from the last Sunday in March until the last Sunday in October of the same year.

³ OJ C , , p. .

⁴ Directive 2000/84/EC of the European Parliament and of the Council on summer-time arrangements (OJ L 31, 2.2.2001, p. 21).

- (2) In its resolution of 8 February 2018, the European Parliament called on the Commission to conduct an assessment of the summer-time arrangements provided by Directive 2000/84/EC and, if necessary, to come up with a proposal for its revision. That resolution also confirmed that it is essential to maintain a harmonised approach to time arrangements throughout the Union.
- (3) The Commission has examined available evidence, which points to the importance of having harmonised Union rules in this area to ensure the proper functioning of the internal market and avoid, inter alia, disruptions to the scheduling of transport operations and the functioning of information and communication systems, higher costs to cross-border trade, or lower productivity for goods and services. Evidence is not conclusive as to whether the benefits of summer-time arrangements outweigh the inconveniences linked to a biannual change of time.
- (4) A lively public debate is taking place on summer-time arrangements and some Member States have already expressed their preference to discontinue the application of such arrangements. In the light of these developments, it is necessary to continue safeguarding the proper functioning of the internal market and to avoid any significant disruptions thereto caused by divergences between Member States in this area. Therefore, it is appropriate to put an end in a coordinated way to summer-time arrangements.
- (5) This Directive should not prejudice the right of each Member State to decide on the standard time or times for the territories under its jurisdiction and falling under the territorial scope of the Treaties, and on further changes thereto. However, in order to ensure that the application of summer-time arrangements by some Member States only does not disrupt the functioning of the internal market, Member States should refrain from changing the standard time in any given territory under their jurisdiction for reasons related to seasonal changes, be such change presented as a change of time zone. Moreover, in order to minimise disruptions, inter alia, to transport, communications and other concerned sectors, they should notify the Commission in due time of their intention to change their standard time and subsequently apply the notified changes. The Commission should, on the basis of that notification, inform all other Member States so that they can take all necessary measures. It should also inform the general public and stakeholders by publishing this information.

- (6) Therefore, it is necessary to put an end to the harmonisation of the period covered by summer-time arrangements as laid down in Directive 2000/84/EC and to introduce common rules preventing Member States from applying different seasonal time arrangements by changing their standard time more than once during the year and establishing the obligation to notify envisaged changes of the standard time. This Directive aims at contributing in a determined manner to the smooth functioning of the internal market and should, consequently, be based on Article 114 of the Treaty on the Functioning of the European Union, as interpreted in accordance with the consistent case-law of the Court of Justice of the European Union.
- (7) This Directive should apply from 1 April [...] **2021**, so that the last summer-time period subject to the rules of Directive 2000/84/EC should start, in every Member State, at 1.00 a.m., Coordinated Universal Time, on [...] **28** March [...] **2021**. Member States that, after that summer-time period, intend to adopt a standard time corresponding to the time applied during the winter season in accordance with Directive 2000/84/EC should change their standard time at 1.00 a.m., Coordinated Universal Time, on [...] **31** October [...] **2021**, so that similar and lasting changes occurring in different Member States take place simultaneously. It is desirable that Member States take the decisions on the standard time that each of them will apply as from [...] **2021** in a concerted manner.
- (8) Implementation of this Directive should be monitored. The results of this monitoring should be presented by the Commission in a report to the European Parliament and to the Council. That report should be based on the information that is made available to the Commission by the Member States in a timely fashion to allow for the report to be presented at the specified time.
- (9) Since the objectives of this Directive as regards harmonised time arrangements cannot be sufficiently achieved by the Member States but can rather be better achieved at Union level, the Union may adopt measures, in accordance with the principle of subsidiarity as set out in Article 5 of the Treaty on European Union. In accordance with the principle of proportionality, as set out in that Article, this Directive does not go beyond what is necessary to achieve those objectives.

- (10) The harmonised time arrangements should be applied in accordance with the provisions on the territorial scope of the Treaties specified in Article 355 of the Treaty on the Functioning of the European Union.
- (11) Directive 2000/84/EC should therefore be repealed,

HAVE ADOPTED THIS DIRECTIVE:

Article 1

1. Member States shall not apply seasonal changes to their standard time or times.
2. Notwithstanding paragraph 1, Member States may still apply a seasonal change of their standard time or times in [...] **2021**, provided that they do so at 1.00 a.m., Coordinated Universal Time, on [...] **31** October [...] **2021**. The Member States shall notify this decision in accordance with Article 2.

Article 2

1. Without prejudice to Article 1, if a Member State decides to change its standard time or times in any territory under its jurisdiction, it shall notify the Commission at least [...] **18** months before the change takes effect. Where a Member State has made such a notification and has not withdrawn it at least [...] **18** months before the date of the envisaged change, the Member State shall apply this change.
2. Within 1 month of the notification, the Commission shall inform the other Member States thereof and publish that information in *the Official Journal of the European Union*.

Article 3

1. The Commission shall report to the European Parliament and to the Council on the implementation of this Directive by 31 December [...] **2026** at the latest.
2. Member States shall provide the Commission with the relevant information by 30 April [...] **2026** at the latest.

Article 4

1. Member States shall adopt and publish, by 1 April [...] **2021** at the latest, the laws, regulations and administrative provisions necessary to comply with this Directive. They shall forthwith communicate to the Commission the text of those provisions.

They shall apply those provisions from 1 April [...] **2021**.

When Member States adopt those provisions, they shall contain a reference to this Directive or be accompanied by such a reference on the occasion of their official publication. Member States shall determine how such reference is to be made.

2. Member States shall communicate to the Commission the text of the main provisions of national law which they adopt in the field covered by this Directive.
3. **Article 2 shall apply as from 1 April 2020.**

Article 5

Directive 2000/84/EC is repealed with effect from 1 April [...] **2021**.

Article 6

This Directive shall enter into force on the twentieth day following that of its publication in the *Official Journal of the European Union*.

Article 7

This Directive is addressed to the Member States.

Done at Brussels,

For the European Parliament *For the Council*

The President *The President*